

Jour fixe vom 17.07.17 – Donald Trump und die Welt (Gegenstandspunkt 2-17)

In Punkt I, 1 wird nochmal aufgenommen, was im vorherigen Artikel besprochen worden ist. Für den Ausgangspunkt muss man sich klarmachen, wieso Trump zu diesen Auffassungen und zu dieser Analyse kommt, dass die USA sich in einem Zustand befinden, der ihrer absolut unwürdig ist. Was ist die feste Überzeugung Trumps und worauf gründet sie? Er ist ja nicht einfach ein Verrückter, der Ansprüche hat, die aus der Rolle fallen, so wie er oft dargestellt wird.

— *Seine feste Überzeugung ist, dass der einzelne Amerikaner, verbildlicht im hard-working american, in seinem privaten Konkurrenz- oder Erfolgsstreben (pursuit of happiness) unschlagbar ist und dass das unmittelbar zusammenfällt mit dem Erfolg der amerikanischen Nation, die damit auch unschlagbar überlegen ist. Das ist für ihn wie eine Naturkonstante, seine feste Überzeugung, von der er ausgeht und an der er jetzt Amerika misst.*

Er bezieht sich auf das Selbstverständnis Amerikas, das ist der 1. Teil. Es geht um Konkurrenz, in der sich jeder durchsetzen soll – das ist seine Daseinsbestimmung – und indem er das macht, bringt er die Nation voran. Den Maßstab, wie es eigentlich sein soll, entnimmt Trump dem Selbstbewusstsein oder der Staatsräson Amerikas. Dass die Amerikaner in der Konkurrenz unübertrefflich sind und auch den Anspruch haben müssen, dass sich ihr Interesse gegenüber allen anderen durchsetzen kann, entnimmt er dem Status der Nation, in der er lebt.

— *Das Interessante ist, wie er es dem Status der Nation entnimmt. Er bemängelt, dass Amerika nicht überall den Reichtum realisiert, der ihm zusteht. Das macht er im Inneren fest an Jobs und nach außen daran, dass ausländisches Kapital Geschäfte macht, die eigentlich das amerikanische machen sollte. Das ist keine ökonomische Analyse, in der er einen Zustand vorfindet, beurteilt und daraus seine Schlüsse zieht, sondern er geht umgekehrt mit seiner Auffassung auf die Welt und Amerika los und sagt, Amerika hat überall auf der Welt zu verdienen. Von diesem Standpunkt aus entdeckt er einen gravierenden Mangel.*

Man muss zwei Dinge auseinander halten: Das eine ist klarzustellen, auf diesen Anspruch kommt er nicht von ungefähr, das zweite ist, dass er sich nicht um eine Analyse, wie Amerika ökonomisch dasteht, kümmert (siehe I,2 a), sondern mit dem Anspruch herangeht, den er dem Selbstbewusstsein oder dem Nationalbewusstsein Amerikas entnimmt: die USA müssen überall führend und spitze sein und dürfen nicht durch andere geschädigt werden. Dieser Anspruch hat eine reale Grundlage beginnend mit der Staatsräson, die Amerika verfolgt, und in der Stellung, die Amerika in der Welt errungen hat. Von dem her stellt er fest, dieser Stellung entspricht der Zustand Amerikas nicht. Jetzt – das ist der Übergang zum 2. Punkt des Artikels – beginnt nicht seine Analyse, wie steht Amerika da, sondern seine Beispiele beruhen darauf festzustellen: diese Zustände sind Amerikas unwürdig. Dann wird ausgeführt, dass das aber nicht die Wahrheit, die ökonomische Lage ist, auf die er reagiert.

— *Im Wahlkampf haben die Demokraten Trump entgegengehalten, für jeden Job, der im rust belt verloren gegangen ist, sind andere im silicon valley entstanden und wenn Mexikaner einsickern, ist das gut für das amerikanische Kapital, weil die unteren Lohnstufen besetzt werden. Diese ökonomischen Argumente interessieren Trump nicht.*

D.h. er lässt sich von seiner Schadensdiagnose nicht dadurch abbringen, dass es anderswo amerikanische Erfolge gibt. Das nimmt nichts weg davon, dass die interessierte Betrachtungsweise Trumps, sein ‚Amerika hat ein Recht auf Erfolg, Amerika ist nicht das, was es eigentlich ist, nämlich die Supermacht der Weltwirtschaft‘ eine sachliche Grundlage hat, die nicht zusammenfällt mit seiner Analyse, wonach der Erfolg Amerikas quasi ein Naturrecht sei und den Amerikanern qua Charakter zukomme. Das ist nicht die Wahrheit (s. nächster Punkt), aber der Standpunkt – Amerika ist die Supermacht der Weltwirtschaft – hat eine reale Grundlage. Dass die Welt für Amerika nützlich ist und dafür da, durch Amerika benützt zu werden und Amerika voran zu bringen, ist ja nicht seine Spinnerei. Darauf, wie nach dem 2. Weltkrieg die Weltwirtschaft durch die Amerikaner und für den amerikanischen Erfolg eingerichtet worden ist, bezieht er sich sehr affirmativ.

Trump übersetzt die Tatsache, dass die Welt tatsächlich das Mittel Amerikas ist, in ein Anrecht, in ein natürliches Recht Amerikas. Das ist eine patriotische Übersetzung.

— *Das ist auch jahrelang gelungen, Amerika hat den Erfolg aus der Einrichtung der Weltwirtschaft eingefahren und wenn das jetzt nicht mehr stattfindet, dann muss es welche geben, die sich daran versündigen, da muss etwas mit Unrecht zugehen, dass es jetzt soweit kommen kann.*

Das ist der nächste Punkt, da übersetzt er die Krisenlage in etwas anderes. In I,1 b wird festgehalten: die Welt ist als Mittel Amerikas eingerichtet. Ob das eine Erfolgsgarantie ist oder nicht, ist damit nicht gesagt. Dass die Schäden in Wahrheit Krisenfolgen sind und nicht bloß böswillige Akte anderer Staaten, kommt in Punkt 2.

Die USA haben die Welt zu ihrem Nutzen eingerichtet, als kapitalistisch wirtschaftende Nation haben sie dafür gesorgt, dass nicht nur das eigene Land und die eigenen Leute dafür zur Verfügung stehen, dass Geldvermehrung stattfindet, sondern die Welt als Mittel für sich einrichten heißt, dafür zu sorgen, dass die ganze Welt für die Geldvermehrung durch amerikanisches Kapital zur Verfügung steht, dass Waren nicht nur in Amerika, sondern weltweit gekauft und verkauft werden können. Es war die Leistung der

amerikanischen Staatsgewalt, die sich mit anderen Staaten ins Benehmen gesetzt hat, dafür zu sorgen, dass sich amerikanisches Kapital auswärts anlegen kann, um sich die Welt als Investitionsstandort zunutze zu machen. Man kann alle Geschäftsabteilungen durchgehen: Sie haben dafür gesorgt, dass in der ganzen Welt amerikanische Wertpapiere verkauft werden oder amerikanisches Geld sich in Wertpapieren anlegt und dass amerikanische Geschäftsleute mit der amerikanischen Währung überall auf der Welt agieren und ihr Geschäft, ihre Reichtumsvermehrung betreiben können. Sie haben also dafür gesorgt, dass die Welt Mittel für den amerikanischen Geschäftserfolg ist.

— *Die USA haben das Interesse anderer Staaten hochgekitzelt, haben die Staaten teilweise erst geschaffen oder groß gemacht, haben deren Interesse an ihrem Kapitalerfolg freigesetzt als Mittel für den amerikanischen Erfolg.*

Das ist der logisch nächste Punkt, dass das Herrichten der ganzen Welt zu der amerikanischen Akkumulationssphäre in eins fällt mit weltweiter Akkumulation. So ist auch die Überakkumulation, die im Zuge erfolgreicher Akkumulation notwendig die andere Seite ist, eine weltweite und eine, bei der es amerikanische Schäden gibt.

— *Wenn die ganze Welt brauchbar gemacht wird als Sphäre der Kapitalakkumulation im Interesse dessen, der sie benützt, dann setzt er damit die Grundlagen für die weltweite Überakkumulation, die ihn dann als ersten und vornehmlich trifft.*

— *Dass die USA als Ergebnis des 2. Weltkrieges sich die Welt eingerichtet haben, unterstellt, dass die imperialistischen Konkurrenten am Boden waren und unter den Bedingungen, die die Siegermacht setzt, zum Konkurrieren ermächtigt wurden. Dass die Amerikaner sich die ganze Welt für ihr Wachstum eingerichtet haben, unterstellt eine entschiedene Gewaltfrage.*

— *Das Verfahren heißt nicht amerikanisch, sondern kapitalistisch: wenn sie die Welt kapitalistisch geöffnet haben, haben sie sich als kapitalistische Nation die Welt geöffnet. Die Methode hieß nicht, uns gehört die Welt, sondern dadurch, dass die Welt kapitalistisch wirtschaftet, gehört sie uns.*

Der 1. Punkt ist, die Welt funktioniert von A bis Z kapitalistisch mit dem Dollar als dem Weltgeld, und der 2. Punkt ist, so geht die Herrichtung der Welt als immer ausgreifendere Akkumulation Amerikas und auch der Akkumulation der anderen. Was sie dann gemeinsam zustande bringen, ist eine Überakkumulation. Was Trump also als Schäden begutachtet, sind Krisenfolgen.

Das Argument, dass die Grundlage dieser Wirtschaftsordnung die Militärmacht Amerikas ist (und der Ost-West-Gegensatz von Amerika bestimmt worden ist) kommt im Artikel unter 2. „Trump kommt angesichts der krisenhaften Resultate des US-Erfolgs auf die Grundlage und das ultimative Mittel aller Weltmacht Konkurrenz zurück: die überlegene Gewalt der USA“ (S. 52). *Wie er auf diese Grundlage zu sprechen kommt, ist das Besondere. Deshalb ist die Darstellung aufgeteilt und auseinander genommen in die Punkte Supermacht der Weltwirtschaft und Garantiemacht einer Weltordnung.*

In der Weltwirtschaft gab es nach dem 2. Weltkrieg eine Ausnahmestellung Amerikas, die darin bestand, dass die USA im Gegensatz zu allen anderen Kriegsbeteiligten als einzige Nation hervorgegangen ist, die über eine funktionierende Ökonomie verfügt hat. Ihr Interesse war, die ganze Welt für ihren heimischen ökonomischen Erfolg in Anspruch zu nehmen. Dabei ist sie entweder auf besiegte Gegner oder ruinierte Bündnispartner gestoßen und hat deren ökonomische Notlage zum Ausgangspunkt gemacht, sich an denen zu bedienen und dort den amerikanischen Kapitalerfolg weiterzutreiben.

Trump bezieht sich bei all seiner interessierten Betrachtungsweise affirmativ auf diese Öffnung der Welt für amerikanische Benutzung und will sie nicht zurücknehmen; die Welt als Mittel für amerikanisches Kapital ist seine sichere Grundlage, weshalb der Protektionismusvorwurf daneben ist. Was er kritisiert und was ihn stört, ist, dass sich das nicht in dem Ausmaß als Erfolg Amerikas niederschlägt, wie er es beansprucht.

— *Zwei Argumente im Abschnitt über die Überakkumulation muss man sich klarmachen: Erstens der „rust belt“, der Verlust der Jobs, ist das Ergebnis davon, dass die ganze Welt Kapitalanlage ist, und das Ergebnis der Überakkumulation. Aber die Schädigung, die den Staaten damit widerfährt, können die USA als ökonomische Macht viel besser abfangen als andere, was zugleich die Freiheit des Kapitals zur ökonomisch kalkulierten Standortentscheidung mit einschließt.*

Zweitens wird erinnert daran, dass mit der Krise das Machtwort der Staaten und insbesondere das Machtwort der USA den ökonomischen Misserfolg aufkaufen. Nicht so, dass es einen wirtschaftlichen Erfolg produziert, aber so, dass es die Gültigkeit des Geldes durch das staatliche Machtwort aufrechterhält. Diese Macht des Staates ist unterstellt, wenn Trump sagt, ich verbiete etwas im Außenhandel. Er macht das Eingreifen per Machtwort zum ökonomischen Hebel für das Interesse der USA.

— *Dass amerikanische Gewalt dafür zu sorgen hat, dass der Amerikaner zu Hause zu seinem Job kommt und gleichzeitig die Nation auf der ganzen Welt konkurrenzlos herumwirtschaften kann und dass dieser Standpunkt notfalls gewaltsam umgesetzt werden muss und es die Regierenden daran meistens fehlen lassen, sagt Trump schon seit Jahrzehnten. Die aktuelle Besonderheit ist, dass die Weltwirtschaft nicht mehr aus allgemeinem Wachstum besteht, sondern dass Akkumulation an einer Stelle auf Kosten der Akkumulation an anderer Stelle geht und deshalb die Staatsgewalt gefragt ist, um die Ergebnisse der Konkurrenz zu korrigieren. In diese Situation der Weltwirtschaft greift Trump mit seinem Standpunkt ein.*

— Wenn die Verteilung der Schäden in der Überakkumulation ansteht, wenn dies der Stand der Nationen ist, dann spielt das Machtwort der Staaten eine wesentliche Rolle; das ist das Allgemeine. Aber Trump trifft auf die Situation der Krisenbewältigung, in der die Staaten, um ihr Geld und ihre Bankenlandschaft zu retten, mit ihrem staatlichen Machtwort Geld drucken, das gilt.

— Trump entdeckt an der Freiheit der USA, mit ihrer Macht das Geld zu schaffen, das die USA aus der Krise herauskauft, nicht die finanzpolitische Überlegenheit der USA, sondern dies, dass die USA in der Lage sind, auf der Welt die Bedingungen des Geschäfts zu setzen und diese Macht, Recht zu setzen, hätten sie bisher nicht genutzt. Die Macht heißt für ihn, dass die USA gar nicht darauf verwiesen sind, mit finanztechnischen Operationen sich ein Stück Weltmarkt zu erkaufen. Er wendet sich nicht dagegen, dass Obama General Motors oder das Bankensystem gerettet hat, aber dass Amerika auf solche Mittel verwiesen wäre, das will er nicht akzeptieren. Aber natürlich nützt auch er in aller Freiheit das Mittel der Staatsverschuldung (v.a. im Militärhaushalt) nach dem Motto: Wenn die Nation Geld braucht, hat sie es auch.

Trumps Übergang ist, dass er sich nicht auf das systemgemäße Wirtschaften mit Geld beschränkt, sondern dass er einen Machtgebrauch eigener Art in dem Sinn ins Auge fasst, dass er Verbote ausspricht. Man kann nicht sagen, er setzt Recht, sondern spricht sich das Recht zu, seine Interessen durchzusetzen.

— Betont wurde, dass Trump sich darauf beruft, die USA haben in ihrem Machtwort die Potenz, die Regeln der Weltwirtschaft zu ändern. Aber entscheidend ist, dass die Macht der USA die elementare Rolle spielt in dem Auffangen der Krisenfolgen. Das ist nichts Neues: Obama und Co. haben mit dem Nationalkredit und mit dem Geld ihrer Notenbank, hinter dem die Macht der USA steht, die Krisenfolgen aufgehalten. An diese Praxis knüpft Trump an, aber in einer neuen Art und Weise.

— Gegen den Vorwurf an Trump, er würde statt der ökonomischen Konkurrenz das Machtwort ins Spiel bringen, ist festzuhalten, dass die Potenz der amerikanischen Macht in ökonomischer Hinsicht in einer Tour zugange ist im Auffangen der Krisenfolgen. Daran knüpft er an, aber nicht im Sinne von: er führt das kontinuierlich fort, sondern er führt etwas anderes ein: Stichwort Strafzölle.

Der erste Gedanke war: Trump stört sich nicht einfach nur am mangelnden Erfolg, tatsächlich ist er mit den Konsequenzen der erfolgreichen Bewirtschaftung der Welt durch Amerika beschäftigt: mit der Finanzkrise als Resultat der weltweiten Geschäftemacherei. Der zweite: Damit haben Amerika und die Staatsgewalten der anderen bedeutenden Wirtschaftsnationen einen bestimmten Umgang gepflegt: Sie haben die drohenden Schäden bzgl. der Geschäftstätigkeit, das Stattfinden von Pleiten, die Infragestellung des Kreditwesens und des Geldes nicht zugelassen; Trumps Vorgänger haben gegen die drohenden Schäden die Macht des Dollar eingesetzt. Woran Trump da anknüpft, ist gerade nicht das Zur-Kennntnis-Nehmen, dass es eine ökonomische Krise gibt und man schauen muss, wie man mit der Krise der Weltwirtschaft zurande kommt, sondern er konstatiert Schäden, die für ihn nicht sein müssen, wenn die Staatsgewalt gegen ihre Entstehung angeht. Das ist in dem Sinn das Doppelte: Er leugnet, dass die Schäden, die er beklagt, erstens eine Folge der Krise sind, weswegen er auch zweitens in dieser Freiheit agiert: Für ihn gilt es nicht, ökonomische Maßnahmen zu ergreifen, sondern die Staatsgewalt zum Einsatz zu bringen, damit die für die richtigen Bedingungen des dann erfolgreichen Geschäfts sorgt.

Für ihn sind es Schädigungen, die andere Amerika zugefügt haben, deswegen auch der Übergang zu: da gilt es etwas zu verbieten und zu bestrafen. Die krisenhafte Entwicklung der Weltwirtschaft und dass es an Wachstum und Aufschwung mangelt, ist etwas, was in Trumps Welt nicht vorkommt. Er geht vom Standpunkt aus, wenn die Staatsgewalt in der Lage ist, Pleiten und Krisen zu verhindern, muss man die eben gegen diejenigen einsetzen, die Amerika Schäden zufügen.

— Diese Art, mit der Krisenkonkurrenz umzugehen, ist gar keine US-spezifische Art, sondern alle Staaten versuchen, ihre Gewalt einzusetzen, um ihre Banken zu retten. Einerseits knüpft Trump daran an, dass die Gewalt entscheidet, wo die Schäden landen und wer sie von sich abwenden kann. Andererseits sind angesichts dieser Sorte Krisenkonkurrenz die Kapitale durch die vermehrte Geldschöpfung gar nicht gezwungen aufzuhören: „... Unternehmen verteilen die fälligen Streichungen von Produktionsstandorten im Sinne ihres Gewinninteresses nach ihrem Ermessen und eben auch so, dass die USA Schäden zu registrieren haben“ (S. 53, o.). Das ist ein wichtiges Zwischenargument, wenn Trump beschließt, an die Praxis anzuknüpfen, die Gewalt in einer ganz neuen Form als ökonomischen Faktor einzusetzen, eben durch Verbote.

In diesem Abschnitt geht es nicht eigentlich darum, wie Trump denkt. Er ist objektiver: Die Krise bewältigen können die USA sehr gut: ihr Machtwort gilt in Bezug auf den Kredit. Auch die anderen Weltwirtschaftsmächte versuchen das. Im Artikel: Weltkapitalismus im Krisenmodus (GS 3-16) ging es um deren Absprachen und wie das Machtwort die ökonomische Beglaubigung des Kredits ersetzt. Dass die Macht die Ökonomie rettet oder zumindest die Schäden nicht einfach der Ökonomie überlassen will, also die Staaten ihre Macht einsetzen, um die Krise zu bewältigen, das ist was Allgemeines. Das weiß Trump natürlich nicht, aber er setzt objektiv an diesem Machtgebrauch an, der notwendig ist für die Rettung der Ökonomie. Die Schäden sind natürlich nicht wegzukriegen, über die Schädigungen entscheiden die Ökonomie-Bosse und die Standorte sind davon betroffen – nur Trump will nicht zulassen, dass amerikanische Firmen betroffen sind. Insofern ist der Gebrauch der Macht in dieser Situation objektiv nichts Neues – aber er macht das in der spezifischen Weise, einfach zu beschließen: Das wird verboten und die USA können sich das leisten.

— Das Besondere bei Trump ist nicht, dass er Standortpolitik macht, Zölle erhebt und bestimmte Branchen fördert, sondern dass er Konkurrenzfolge anderer über seine Industrie als Verstoß gegen das Recht der USA auf Überlegenheit darstellt, was er mit Strafe ahndet.

I 1. b) In diesem Punkt wird ausgeführt, dass der internationale Geschäftsverkehr, die ökonomische Abteilung, nicht denkbar ist ohne das Hinzutreten der Staatsgewalt im internationalen Maßstab. Diesen grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr gibt es nur soweit und unter den Bedingungen, dass die betroffenen Staatsgewalten sich wechselseitig ins Benehmen setzen und sich dafür in die Pflicht nehmen. Es braucht jede Menge Regelungen, Absprachen und Vereinbarungen, dass der eine Staat den anderen Staaten und deren Geschäftsleuten die Benutzung seines Landes gestattet.

Umgekehrt: Wenn Trump sich auf den Standpunkt stellt, er hat die Macht zu bestrafen im internationalem Verkehr, dann heißt es: alles, was an zivilisierter Ordnung etabliert ist, beruht auf einer Macht, die diese Ordnung garantiert. Sonst könnte man sich nicht mit Macht darüber hinwegsetzen.

— Dabei hat die Macht, die Trump einsetzt, einen anderen Stellenwert als vorher. Globalisierung des internationalen Geschäftsverkehrs geht nur durch Gewalt der Staaten; die garantieren Einflussphären, die Absicherung von Geschäften usw. Trump setzt die Gewalt in spezifischer Weise ein; sie soll den Erfolg des US-Geschäfts garantieren. So ist das Einführen von Strafen einzuordnen.

Ein schöner Kontrast: Seine Macht garantiert das amerikanische Interesse oder: Eine gerechte Ordnung ist auch für das amerikanische Interesse gut.

— Die Eigenart Trumps ist, dass er das, was den Weltmarkt ausmacht, dass die Staaten sich wechselseitig mit ihrer Macht in Anspruch nehmen, als einseitige Inanspruchnahme der Macht der USA durch die Welt betrachtet. Dass alle Welt die Macht der USA für ihren eigenen Vorteil nutzt, will er beenden und diesen Zustand will er abstrafen. Damit verstößt er gegen eine etablierte Grundlage des kapitalistischen Weltverkehrs.

— Das hat den Grund: Die Welt ist von den USA für ihren Erfolg eingerichtet, der auch jahrelang stattgefunden hat. Aber darüber sind andere groß geworden, die auch Erfolge am weltkapitalistischen Markt erreicht haben. Die, sagt er, sind es, die uns unser Recht auf Erfolg am Weltmarkt streitig machen, die gehören als unrechtmäßig abgestraft.

Das ist ein Teil der im nächsten Punkt analysierten Absage. An der Stelle ist es der schlichte Übergang: Sein Standpunkt, er korrigiert mit seiner Macht Ergebnisse der Schädigung, enthält die Ansage: das kann ich, dazu habe ich die Macht. Das ist schon der Übergang zur Kündigung der eingerichteten Rechtsordnung. Deren Inhalt kommt im nächsten Punkt.

— Das erste Argument ist, er verstößt gegen das, was die USA selbst eingerichtet haben. Zugleich verrät der Verstoß, auf welcher Grundlage das passiert, nämlich: lauter Hoheiten haben die internationale Rechtsordnung des Geschäftemachens miteinander vereinbart. Damit kehrt er auf die Wahrheit dieser Ordnung zurück, dass sie eine Vereinbarung von Souveränen ist unter der Anleitung des obersten Souveräns, darin liegt die Eigentümlichkeit, dass da bereits das Ankündigen identisch ist mit dem Kündigen der Rechtsordnung.

— Der Widerspruch liegt darin, dass Trump die bisherige Ordnung, die zum Erfolg Amerikas geführt hat, aufkündigt. Dass Amerikaner Verlierer in der Konkurrenz sind, ist seine Sichtweise und nicht die Realität. Sie sind nach wie vor die Weltmacht Nr. 1. Dass da Branchen und Landstriche in der Konkurrenz (auch) durch die eigenen Kapitale untergehen, denen das Geschäft dort nicht reicht, dazu ist die Sicht von Trump: die sind gestohlen worden, aber das hat nichts mit dem wirklichen kapitalistischen Geschäft zu tun. Für ihn geht das mit unrechten Dingen zu, sonst wären die USA der Gewinner.

— Im Punkt I b geht es darum, dass die Globalisierung der Welt, die Freisetzung des Kapitals, selbst ein Werk von Staatsgewalten ist. Die Indienstnahme von Staaten für ihren wechselseitigen Erfolg ist durch die Ankündigung von Strafen bereits gekündigt, weil es ein wechselseitiges Verhältnis ist und das negiert er damit. Das ist eine Aussage über die Sache und nicht über Trumps Unsinn.

Das eine ist, dass die Weltwirtschaft lauter rechtliche Regelungen, zwischenstaatliche Vereinbarungen, eine Vielzahl von Bestimmungen, auch eingerichtete Institutionen, WTO, Weltbank, IWF usw. als Weltwirtschaftsordnung, als System von Regelungen des weltweiten geschäftlichen Treibens unterstellt. Das nächste Argument war, daran macht sich Trump zu schaffen; was es bisher an Regelungen gab, lässt er nicht mehr gelten; er setzt neue Bedingungen für den Geschäftsverkehr. Was Trump da macht, ist nicht einfach Neuverhandlung der Bedingungen. Wenn er sich an den rechtlichen Regelungen zu schaffen macht, bestimmt, es geht ab sofort anders zu, ist das ein Angriff auf die Rechtsordnung, wie sie bisher gegolten hat. Inwiefern das so ist, ist noch zu bestimmen. Im Fortgang im Artikel kommen die Argumente: es ist ja nicht einfach ein Drängen auf neue Abkommen und Regelungen, wie der Freihandel laufen soll.

— Trump sagt nicht, ich bin für die wechselseitige Inanspruchnahme der Staatenwelt, nur folgende Regelung passt mir nicht. Sondern er sieht die Inanspruchnahme der Staatenwelt und ihrer Gewalt von vorne herein durch die Optik der widerrechtlichen Inanspruchnahme der USA, die als solche abgestraft gehört.

Im Punkt 2 b) geht es um die internationale Wirtschafts- und Rechtsordnung; klargestellt wird: deren Gesetze „gelten, weil sie von den beteiligten Souveränen mit ihrer hoheitlichen Gewalt in Kraft gesetzt

worden sind ...“ – nicht nur von Amerika; das war auch ein Akt der anderen Staaten – „... gemäß den Maßregeln, die die Herrschaften miteinander ausgemacht resp. die einen den anderen erfolgreich zugemutet haben“ (S. 54). Das ist also nicht die Idylle, wo jeder eingebracht hat, was er haben möchte, sondern es war das Werk eines Zusammenwirkens von souveränen Mächten. Dass die einen mit stärkeren Positionen angetreten sind als die anderen, hat diese Weltordnung ausgezeichnet. Dass Amerika darüber der Sieger war, auch. Zunächst aber ist formell festzuhalten: es war die Übereinkunft von souveränen Staaten und das ist gekündigt. Das ist die Aussage des Abschnitts.

— *Es geht um den speziellen Unterschied, dass diese Verträge auf der Grundlage eines gemeinsamen Willens stattfinden, dass man sich wechselseitig für seine Interessen in Anspruch nehmen will. Diese positive Grundlage des gemeinsamen Willens, gemeinsam Geschäfte machen zu wollen und dabei diesen Willen durchaus auch zu strapazieren, wird aufgekündigt.*

II. Inwieweit es eine Kündigung ist, ist noch zu klären. Da ist von Bestrafung die Rede und dass da was unrechtmäßig zugegangen ist. Auf der einen Seite haben wir darüber geredet, dass es tatsächlich so etwas wie eine internationale Rechtsordnung gibt, all die Vereinbarungen, Verfahrensweisen, in deren Namen die internationale Geschäftstätigkeit stattfindet. Das Bemerkenswerte an Trump ist, wenn er von Rechtsbruch redet, dass er sich gerade gar nicht auf diese internationalen Verfahrensweisen beruft. Das gibt es ja, dass ein Staat, der unzufrieden ist mit den Ergebnissen der ökonomischen Konkurrenz, bei der WTO Klage einreicht, die andere Nation habe sich unrechtmäßig verhalten. Aber da versucht ein Staat im Rahmen der eingerichteten Weltwirtschaftsordnung seinen Vorteil geltend zu machen und zu realisieren.

Im Vergleich dazu macht Trump etwas Anderes. Er bezieht sich nicht auf die eingerichteten Regeln und Verfahrensweisen, sondern *setzt unmittelbar gleich*, dass der von ihm definierte Schaden Amerikas der Rechtsbruch ist und er die zuständige Instanz ist, die diesen Rechtsbruch ahndet. Jenseits aller eingerichteten Verbindlichkeiten macht er das amerikanische Interesse – verkörpert durch ihn selbst – zur Richtschnur und bringt davon abhängig seine staatliche Gewalt im Verhältnis zu den anderen Staaten (mit einschlägigen Steuer- oder Zollgesetzen) in Anschlag.

— *Wenn bisher Amerika den Vorwurf erhoben hat, Europa subventioniere seine Landwirtschaft und das sei eine Regelverletzung, war die damit gemeinte Sache oder der sachliche Gehalt ein Schaden für Amerika. Im Artikel steht jetzt das Argument, „als Partei setzt er sich über alle Parteien“, er 'verabsolutiert das eigene Interesse', dann kommt der Begriff des „Faustrechts“ (S. 55). Die Begründung an der Stelle, warum das ein Rechtsbruch ist, ist unmittelbar der Schaden Amerikas. Also ist Amerika auch der Inhalt der Messlatte und des verletzten Rechts.*

Das eine ist: Man kann im Rahmen der Rechtsordnung Klage führen, sein Recht bei den entsprechenden Instanzen durchsetzen, die man damit respektiert; man kann auch darauf beharren: wir interpretieren das einseitig. Das wurde schon früher ausgeführt (z.B. im Dollar-Imperialismus-Artikel), wie sehr die Staaten und besonders die USA das in ihrem Sinne interpretieren und zu Rechtsverfahren machen. Das andere ist: Man kann sich auch um neue Regeln kümmern und die durchsetzen wollen (TTIP ...). All das gehört dazu, sich im Rahmen dieses geltenden Rechts zu bewegen und darin sein Interesse zu verfolgen. Trump dagegen sagt, von all dem Angebotenen will ich nichts wahrnehmen, sondern fälle das Urteil, die Schädigung ist eine Verletzung amerikanischen Rechts. Und Amerika hat damit dann auch das Recht und die Pflicht, gegen diese Schädigung vorzugehen und sie nicht zu dulden. Das ist die Kündigung der Rechtsordnung überhaupt.

Trump führt sich nicht als *eine* Partei auf, die unter diesen Regeln steht. Sondern er ist *die* Partei, die sagt, was Recht ist, bestimme ich.

— *Das heißt also nicht, als Partei habe ich Recht, ist also nicht das Moralische der Rechthaberei, sondern heißt, den eigenen parteilichen Standpunkt zugleich zum übergeordneten Standpunkt, zum gültigen Recht zu machen. Diese doppelte Bedeutung von Faust und Recht ist nicht einfach, zu sagen, ich mache, was ich will und bin stärker und setze mich durch, sondern es soll zugleich Recht sein.*

Amerikanisches Recht ist die Verabsolutierung des amerikanischen Interesses. Das ist das, was hier mit Faustrecht charakterisiert ist.

— *Auch praktisch findet das ohne relativierende Rücksichten statt; die Frage, was wird damit angerichtet, interessiert ihn nicht. Man kann natürlich andere Ökonomien abstrafen, aber was deren Schäden umgekehrt bedeuten – da ist hier das Argument –: relativierende Rücksichten dieser Art kennt sein Standpunkt nicht.*

Er geht die Reparatur amerikanischer Schäden so an, es ist keine Aussage darüber, ob sie damit repariert sind.

„Ohne relativierende Rücksichtnahme auf andere Interessen“ hat auch die andere Seite, dass er davon ausgeht, dass er sich gegen die, die zu bestrafen sind, erfolgreich durchsetzt, dass er über die entsprechenden Mittel zur Exekution des geltend gemachten Rechts in der Lage und fähig ist – natürlich ist Faustrecht das Recht des Stärkeren.

Was in diesem Standpunkt enthalten ist, das Interesse Amerikas ist der Maßstab, wenn das zu kurz kommt oder Schäden diagnostiziert werden, dann ist man die Instanz, die für die Korrektur als Rechtsanspruch sorgt. Dieser Standpunkt setzt sich praktisch über all das, was an eingerichteten Verfahrensweisen und Regelungen existiert, hinweg. Aber das macht Trump nicht nur praktisch, sondern

auch explizit in dem, wie er dann Stellung nimmt zu all den internationalen Verträgen und Vereinbarungen, die er für „bad“ erklärt. Denen kann er nur das eine entnehmen: das sind Fesseln, Verpflichtungen, damit sind der Durchsetzung von amerikanischen Interessen Schranken auferlegt. Das ist nach der Seite hin noch mal explizit die Absage an jede internationale Vereinbarung und Verpflichtung, die er für Amerika nicht mehr gelten lassen will.

— *Er setzt damit aber das Interesse auch durch, das ist doch insofern keine „ideelle“ Absolutsetzung (S. 55)?*

Er setzt sein Interesse absolut und handelt entsprechend. Aber es ist nicht das einzige Interesse in der Welt; die anderen verschwinden damit nicht.

— *Damit ist der Standpunkt charakterisiert, von dem aus er die Macht Amerikas geltend macht. Trump sagt: amerikanisches Recht ist amerikanischer Erfolg, das gilt; und die Instanz, die das festlegt, bin ich.*

— *Er sagt nicht 'willkürlich': das steht mir zu, die Schädigung amerikanischen Interesses wird rückgängig gemacht (das wäre die bloße 'Faust'). Sondern er besteht darauf, das ist ein übergeordneter Rechtsakt. Das ist mehr als: ich hole mir, was ich haben will – sondern das ist Faustrecht. Zur ideellen Verabsolutierung: Trump sagt, in dieser Aktion praktiziere ich amerikanisches Recht; und das ist keines, das sich unterordnet. Im Vergleich dazu wird im Artikel zum bisher geltenden internationalen Recht ausgeführt, wo es ohne Heuchelei oder Berechnung nicht geht: „Sie beziehen sich auf ein Recht, als stünde es über ihnen, um dieses Recht zu ihrem Mittel zu machen“, das ist die (alte) Weltordnung. Dieser allgemeinen Gültigkeit will Trump sich nicht unterordnen; er setzt sein Interesse mit der Betonung durch: das ist Recht. Das ist der Widerspruch des Faustrechts.*

Dass er sich praktisch so aufführt und nichts anderes gelten lässt als das amerikanische Interesse, das er in dieser Weise absolut setzt, ist das eine. Das andere ist: Er erklärt damit alle anderen Interessen für null und nichtig; darauf bezieht sich das ideell. Er verabsolutiert das amerikanische Interesse, als ob das das einzig Maßgebliche sei. Das entspricht ja nicht der Wahrheit. Sein Standpunkt ist, gegen die anderen (unmaßgeblichen) Interessen kann Amerika sich durchsetzen, es hat die Mittel dafür.

— *In I b ist ausgeführt, wie die Konkurrenz verläuft und Amerika sich auf die Konkurrenten beziehen muss. Darauf ist das ideell gemünzt. Die Welt, auf die Trump sich bezieht, besteht aus konkurrierenden Globalplayern, da ist es faktisch nicht wahr, dass das amerikanische Interesse absolut gültig ist.*

— *Der Einwand: es gibt noch Konkurrenten, ist nicht gut. Das 'Ideelle' ist zugleich in dem Verfahren drin, wenn ich sage, die Faust soll zugleich das Höhere sein, das eigene Interesse soll zugleich identisch sein mit dem höheren Recht. Dieser Widerspruch kennzeichnet, dass ein parteilicher Standpunkt zugleich der überparteiliche sein soll; egal, wie er sich dann durchsetzt.*

„Trump stellt sich über alle Parteien“ ist nicht dasselbe wie überparteilich – das heißt nicht, dass er eine neue Art von Recht für alle verbindlich machen will. Das ‚Verabsolutieren‘ heißt nicht einfach: das ist amerikanisches Interesse, sondern es ist mehr, nämlich ein *Rechtsanspruch*, also eine Sache, deren Gültigkeit ggf. mit Gewalt durchzusetzen ist. Der Fortgang im Artikel ist ja auch nicht, dass eine neue Rechtsordnung eingeführt wird, sondern dass er gegen alle internationalen Vereinbarungen ist und dass er eine neue Form des Umgangs in die Staatenwelt bringt. Das heißt, er schließt nur noch ‚good deals‘ ab, wo also das amerikanische Interesse sichergestellt ist und die Gegenseite sich hat erpressen lassen müssen.

Wenn er also durchsetzt, dass alles andere als dieses Faustrecht unfair ist, dann geht es auf der Welt auf diese ungeordnete Art und Weise zu, dann ist eben diese Unordnung die Weltordnung.

Bei Recht denkt man: das ist etwas, dem man sich selbst beugt, auch wenn man es gesetzt hat. In diesem Sinne ist das, was Trump einrichten will, kein Recht. Beim Faustrecht ist das eigene Interesse, das man mit Gewalt durchsetzt, der verbindliche Maßstab, an den sich jeder halten muss. Insofern ist es Recht, also allgemein; Verstöße dagegen bekommen es mit der Gewalt zu tun.

Trump besteht darauf, seine deals mit aller Welt zu machen, also sich über etwas zu einigen. Aber es kommt auf den Inhalt der Einigung an, ob das eine Verpflichtung auf die Dienstbarkeit an amerikanischen Interessen darstellt; davon kann man bei den von ihm angestrebten bilateralen Verträgen ausgehen.

*

Auf S. 62 ist die Logik von dem charakterisiert, was bisher amerikanische Führungsmacht des Westens hieß. Im Folgenden ist Thema, was es mit dieser Wirtschaftsordnung auf sich hat.

— *Die Einrichtung der Weltwirtschaft ging so, dass Amerika ein Regelwerk errichtet hat, das einem überstaatlichen Gewaltmonopol ziemlich nahe gekommen ist, weil die USA die überlegene Garantiemacht waren. Der Sache nach war dieses Regelwerk die weltweite Institutionalisierung des Kapitalismus und damit sind die Staaten zueinander in ein Konkurrenzverhältnis gestellt worden – ihre Staatsräson bestand darin, um den kapitalistischen Reichtum zu konkurrieren. Da die USA die Inhaber des in jeder Hinsicht überlegenen Kapitals waren (und meistens noch sind), war sichergestellt, dass in dieser Konstruktion ihr Interesse verankert ist. Diese Weltwirtschaftsordnung hat „explizit und implizit die Internationalisierung des Kapitalismus und seines beherrschenden nationalen Standorts Amerika zum Inhalt“ (S. 62, u.) – implizit insofern, als die Staaten sich selber untereinander festgelegt haben auf eine Konkurrenz um diesen Reichtum als Basis ihrer Macht. Ihre Konkurrenzbemühungen richten sie zwar alle gegeneinander, „aber auf das Interesse und den Anspruch eines finanzkapitalistischen*

Reichtums“ (S. 63, m.), der von Amerika ausgeht. Alle gegeneinander konkurrierenden Staaten haben ihr je spezifisches Interesse an der Ordnung.

— Dass die Konkurrenz sich gegeneinander richtet, ist klar, aber es gibt doch eine Gemeinsamkeit in dem, worauf sie sich richtet – der gemeinsame Zweck ist der kapitalistische Reichtum, also der Zuspruch des Finanzkapitals. Deshalb fände ich ein ‚und-zwar‘ an der Stelle angebracht.

Der Witz liegt im Fortgang des Satzes: „... dessen universelle Zugriffsmacht Amerika und die allgemein genutzte kapitalistische Geschäftsordnung gewährleisten“ und der als Dollar-Reichtum existiert. Die andere Seite des ‚die Staaten konkurrieren um den Zuspruch durch das Finanzkapital‘ ist: dass das Finanzkapital diese Machtposition hat, verdankt sich dem, dass alle Staaten auf Kapitalismus setzen und die dazugehörige Geschäftsordnung damit in Kraft setzen. Das ist die der Amerikaner, aber die anderen Staaten schließen sich dem an und machen sie darüber gültig. Sie konkurrieren gegeneinander, aber *im Verhältnis* zu etwas, das sie – unter US-Anleitung – *gemeinschaftlich* in die Welt bringen; so ist das zwar aber zu verstehen.

— Dass die Amerikaner als Schöpfer dieses Ordnungsrahmens hinter diesen zurückgetreten sind, hat zwei Gründe: 1. die Sicherheit, dass überall, wo konkurriert wird, ihre Kreditwirtschaft, ihr Dollar ohnehin direkt profitieren und 2., dass der Eigennutz den Staaten selber gebietet, dieses System zu wollen.

Das ist im Fortgang ausgedrückt als der Widerspruch: nationale Souveräne unterstellen sich einem supranationalen Regelwerk. Rein formell gilt dieser Widerspruch nicht nur für die Staaten, die von den USA mit diesem Regelwerk beglückt worden sind, sondern auch für die USA, die sich ebenfalls darunter subsumiert haben. Die Betonung liegt auf formell, denn was den Inhalt dieses Regelwerks betrifft, ist es ja gerade *nicht* die Unterordnung der USA unter dieses, weil es dem Inhalt nach die Intention hat, *ihren* Erfolg und die Unterordnung der anderen Staaten unter dieses sicherzustellen.

— Mir war unklar, wie man in dem Zusammenhang überhaupt auf das Finanzkapital kommt. Das Finanzkapital ist nur eine Abteilung des nationalen Reichtums, mit Finanzkapital ist nur eine bestimmte Sorte Kapital angesprochen und das macht nicht den Reichtum der Nation aus, auch wenn der sich – finanztechnisch gesehen – in Geld ausdrückt.

— Mit dem letzten hast du die Antwort eigentlich schon gegeben: Der Reichtum einer Nation bilanziert sich in ihrer Währung und damit in dem Kredit, den die Währung hat, damit wiederum in der Macht, die sein Finanzkapital erlangt hat. Bei Amerika ist die Besonderheit, dass das Geld des US-Staates überall auf der Welt genommen wird, und so die finanzkapitalistische Macht Amerikas darstellt.

— Sowohl für den Staat, der sich über den Zuspruch des Finanzkapitals finanziert, als auch für das gesamte Geschäftsleben ist der Kredit überhaupt das Lebensmittel.

In der Konkurrenz der Staaten geht es also darum, wie sich eine Nation als *Kapitalstandort* bewährt, welche *Qualität ihr Geld hat*. Das merken die Staaten an dem, wie sie durch das Finanzkapital beurteilt werden und wie viel Zuspruch sie von ihm bekommen, wie ihre Währung (ein)geschätzt wird. Darum konkurrieren sie.

*

— Um den Bogen zurück zu Trump zu schlagen: Er setzt das Recht des Stärkeren durch, macht bilaterale deals, die auf jeden Fall dem amerikanischen Interesse nützen. Damit kündigt er das Verhältnis in der bisher eingerichteten Weltordnung im Sinn von: Er verzichtet auf die Leistung der imperialistischen Konkurrenten, diese Weltordnung, die für sie „Anerkennung und Bedingtheit zugleich bedeutet“ (S. 64, m.), anzuerkennen. Er macht den anderen Staaten auf, dass dieses bedingte Unterwerfen in Frage steht.

— Der Ausgangspunkt der USA bei diesem Regelwerk war: sie als Führungsmacht von Konkurrenten. Gesagt wurde: Was die USA angeht, ist es nur eine formelle Geschichte, aber so ist es doch nicht. Es ist eine Führerschaft über Konkurrenten und in diesem Konkurrenzverhältnis können letztere auch den Kürzeren ziehen. Darauf bezieht sich doch Trump, wenn er anstelle des Regelwerks ‚America first‘ setzt.

Das ist zu wenig grundsätzlich und prinzipiell gedacht, weil es nicht darum geht, dass Trump sagt, amerikanische Interessen kämen zu kurz und er kümmere sich jetzt nur noch darum. Wie bisher das Interesse der USA verfolgt worden ist, hat eine ganze Weltwirtschaftsordnung gestiftet, in die die Staaten eingebunden waren, für die die aber auch die Grundlage ihrer Betätigung war, weshalb sie auf diese Geschäftsordnung angewiesen sind. In diesem Zusammenhang bedeutet die Trump'sche Aufkündigung nicht einfach, dass er der Welt mitteilt, er hält sich nicht mehr daran, sondern er sagt: Das, wovon ihr gelebt habt – eine von den USA eingerichtete Wirtschaftsordnung –, gibt es ab sofort nicht mehr. Damit entzieht Amerika dem Rest der Welt die Grundlage für eine Ökonomie, von der diese gelebt hat. Dass Trump nicht ‚the president of the world‘ sein will, ist ein herber Schlag für alle, die im Rahmen dieser Konkurrenzordnung ihre staatliche Existenz betrieben haben.

— Das ist die Seite der betroffenen Staaten, für Trump gilt: Er sieht nicht, dass diese Weltordnung eine Einrichtung war, mit der die USA ihre Interessen verabsolutiert haben, sondern er sieht sie als eine Schwächung, weil sie sich an etwas halten müssten, das ihren Nutzen nicht per se garantiere.

Wenn Trump also sagt, er stelle sich ausschließlich hinter das Interesse Amerikas, weshalb ihm die eingerichtete Weltordnung egal sei, dann ist damit gleichzeitig die Gültigkeit der Weltordnung für die

anderen Staaten prinzipiell in Frage gestellt. Es geht nun mal nicht, dass die USA nur für sich die Weltordnung außer Kraft setzen, sondern damit ist die Weltordnung der USA außer Kraft gesetzt; sie war eben nicht eine für sich existierende Ordnung, sondern hatte ihren Bestand überhaupt nur durch die übergeordnete Gewalt Amerikas.

Nächstes Mal (7.8.) Punkt III dieses Artikels und dann die Fragen zur Gewerkschaft („Merkels Land“, s. Protokoll vom 19.6.); u.U. G 20.